

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60474

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.



von dem stets streitbaren Gerstenmaier, aber auch von dem ehemaligen außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und nunmehrigen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger. Daß auch Adenauer sehr viel beweglicher war, als seine Rhetorik vermuten ließ, wissen wir seit vielen Jahren – im Bundesvorstand erfuhr man davon jedoch nichts.

Das letzte hier abgedruckte Protokoll vom 25. August 1961 zeigt eine CDU, die aus dem Tritt geraten ist, und verweist bereits auf die außenpolitischen Belastungen, denen sich die Bundesregierung bald gegenübersehen wird: Die Union drohte personell und programmatisch in Gegensatz zu den USA zu geraten. Spätestens seit dem Mauerbau mißtrauten etliche in CDU und CSU offen dem Krisenmanagement der Amerikaner in der laufenden Berlin-Krise, unterstellten den USA zu große Konzessionsbereitschaft und glaubten in mancher Aktion oder Äußerung Kennedys überdies Wahlkampfhilfe für die SPD zu erkennen. Daher mahnte Adenauer auch abschließend noch einmal: »Allein die absolute Mehrheit der CDU kann [...] Deutschland retten.« Das sollten die Wähler anders sehen: In der Bundestagswahl vom 17. September gelang es CDU und CSU nicht, erneut die 50% Hürde zu nehmen. Fortan mußten sie wieder eine Koalition mit der FDP bilden – damit begann der Anfang vom Ende der »Ära Adenauer«.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Rainer A. BLASIUS (Hg.), Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München (R. Oldenbourg) 1994, 222 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 68).

Der Kanzlerwechsel im Herbst 1963 markierte eine wichtige Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Konrad Adenauer war nicht nur der erste Regierungschef des neuen westdeutschen Teilstaates, er war sein Gründungskanzler. Daher ängstigte Anfang der sechziger Jahre viele im In- und Ausland die Vorstellung seines absehbaren Rücktritts. Erst 1963 verfiel die Autorität des Kanzlers radikal, kam allgemeine Unzufriedenheit auf, die selbst die eigene Partei den Abgang des »Alten« herbeisehnen ließ. Hatte Adenauer seine Macht einst durch eine breite Zustimmung zu seiner Außenpolitik errungen, so verlor er sie nun auch auf diesem Feld. Hieran erinnert der vorliegende Sammelband, der zudem zu belegen sucht, daß der Wechsel zu Ludwig Erhard keinen außenpolitischen Bruch bedeutete. Die Tatsache, daß alle Beiträge von Mitgliedern der Historikerguppe um den Leiter der Edition R. A. BLASIUS stammen, die die »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland« bearbeiten und somit über erstklassige Quellenkenntnisse verfügen, macht ihn zur interessanten Lektüre.

Wolfgang HÖLSCHER untersucht zunächst die Auswirkungen des Scheiterns des britischen EWG-Beitritts auf die deutsch-französischen Beziehungen. Adenauers Niedergang 1963 ist untrennbar mit de Gaulles Veto gegen die britische EWG-Mitgliedschaft vom 14.1.1963 verbunden: Es weckte sowohl in der Bundesrepublik als auch im westlichen Ausland das alte Mißtrauen gegen die gaullistische Außenpolitik. Der Versuch des Kanzlers, die Bundesrepublik stärker an Frankreich heranzuführen, war nun hoffnungslos diskreditiert. HÖLSCHER schildert den innen- und außenpolitischen Druck, dem Adenauer in diesen Tagen und Wochen ausgesetzt war: Unmittelbar nach de Gaulles Pressekonferenz und vor Adenauers Paris-Besuch zielten die Pressionen darauf ab, den Kanzler zu zwingen, de Gaulle zum Widerruf seines Vetos zu bewegen. Nach der Unterzeichnung des »Elysée-Vertrags« am 22.1.1963 ging es den Opponenten dann um die richtige Einordnung der neuen Abmachung sowie den Versuch, die Verhandlungen zwischen der EWG und Großbritannien nicht endgültig abubrechen. Auf der entscheidenden Sitzung des EWG-Ministerrates in Brüssel am 28./29.1.1963 vermochte man sich indes nicht über das weitere Procedere zu einigen.



Allerdings gelang es der Bundesregierung im Frühjahr, innerhalb der EWG ein Aktionsprogramm durchzusetzen, demnach künftig die Interessen aller Mitgliedsländer »synchron« berücksichtigt werden sollten. Den Briten wurde zudem durch einen Beschluß vom Sommer 1963 die Möglichkeit eingeräumt, sich auf regelmäßigen Sitzungen der WEU über die Arbeit der EWG zu informieren. An diesen Vereinbarungen war auf deutscher Seite weniger Adenauer beteiligt als sein designierter Nachfolger Erhard sowie Außenminister Gerhard Schröder. Insofern trifft Hölschers Feststellung zu, daß der Regierungswechsel in der deutschen Europapolitik keine Zäsur bedeutete. Der Bruch lag hingegen Monate früher, als Erhard und Schröder sowie das Gros von Regierungsparteien und Opposition Adenauer durch die Relativierung des »Deutsch-Französischen Vertrags« gehindert hatten, seinen Wunsch nach präferentiellen deutsch-französischen Beziehungen zu verwirklichen.

Klarer als in der Europapolitik fällt die Kontinuität in puncto Ostpolitik und deutsch-israelischen Beziehungen aus, die die Aufsätze von Mechthild LINDEMANN, Daniel KOSTHORST, Ilse Dorothee PAUTSCH und R. A. BLASIVUS untersuchen. LINDEMANN geht der Frage nach, ob die Handelsverträge mit Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien 1963/64 wirklich die »Anfänge einer neuen Ostpolitik« markierten. Dem gegenüber betont sie, daß sich die Bundesrepublik seit 1955 um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Staaten Ostmitteleuropas bemüht hatte. Statusrechtliche Maximalforderungen der umworbenen Länder, die auf eine Unterwanderung der Hallstein-Doktrin hinausliefen, verhinderten indes zunächst eine Einigung. Erst die fortschreitende EWG-Integration ließ seit 1961 mehrere Ostblock-Staaten einlenken, da sie wirtschaftliche Nachteile befürchteten. Insofern verfolgte Schröder nur weiter, was seine Vorgänger begonnen hatten, ohne überdies hiermit bereits weitergehende deutschlandpolitische Ziele zu verbinden. Erst die Einigung mit den wichtigsten ostmitteleuropäischen Ländern ließ ihn sein neues ostpolitisches Konzept einer »Politik der Bewegung« entwickeln, die letztlich darauf abzielte, die DDR zu isolieren und die Sowjetunion zu deutschlandpolitischem Einlenken zu bewegen – ein Kalkül, das sich indes schon bald als irrig erwies.

KOSTHORST untersucht die Auseinandersetzung um das Röhrenembargo, das der Ständige NATO-Rat am 21.11.1962 gegen die UdSSR verhängte. Deutsche Firmen waren hiervon unmittelbar betroffen, da sie einen Monat zuvor Lieferverpflichtungen mit der Sowjetunion für das Jahr 1963 eingegangen waren. In den kommenden sechs Monaten sah sich die Bundesregierung daher gleich doppeltem Druck ausgesetzt: Auf der einen Seite die beteiligten Unternehmer, die zumindest die Einhaltung der gerade unterzeichneten Verträge gesichert sehen wollten. Auf der anderen Seite die NATO-Vormacht USA, die die militärische Bedeutung der deutschen Röhren unterstrich, aber auch nicht vergaß, grundsätzliche Bündnissolidarität einzufordern. KOSTHORST arbeitet überzeugend heraus, daß die eigentliche Bedeutung des damaligen Geschehens weniger in seinem konkreten Streitpunkt lag als in der Tatsache, daß die USA diese Frage »zum bündnispolitischen Selbstzweck, ja schließlich sogar zum symbolartigen Angelpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen« hochstilisierten. Dies belegt, daß die Bundesrepublik auch Anfang der sechziger Jahre grundsätzlichen Kursvorgaben ihres Hauptverbündeten und Protektors noch weitgehend kritiklos folgen mußte. Mochte dies in der Röhrenembargo-Frage eine Frontstellung gegen die UdSSR bedeuten, so erklärte die amerikanische Regierung bereits bald Détente zum Ziel, und die Bundesrepublik sah sich – wie PAUTSCH darlegt – »im Sog der Entspannungspolitik« von USA und UdSSR. Deren erster Anwendungsfall wurde ein Teststopp-Abkommen, auf das sich amerikanische und russische Unterhändler im Juli 1963 in Moskau erstaunlich schnell einigten. Die Bundesregierung fühlte sich von dem amerikanisch-sowjetischen Ansinnen überrumpelt, dem Abkommen ebenso wie die DDR beizutreten: Lief dies nicht auf eine internationale Aufwertung der DDR, ja ihre Anerkennung durch die Westmächte hinaus? In dem folgenden erbitterten Ringen konnte zwar ein Kompromiß erzielt werden, der die westdeutschen Bedenken vordergründig entkräftete, doch der Bundesregierung war deutlich demonstriert worden,



daß die USA fortan auf Entspannung und Rüstungskontrolle setzten und hierfür auch zu deutschlandpolitischen Konzessionen gegenüber der Sowjetunion bereit waren.

Eine überraschend deutliche Übereinstimmung zwischen Adenauer und Erhard ergab sich in den deutsch-israelischen Beziehungen und der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Dieses ebenso bedeutsame wie spannende Kapitel der bundesdeutschen Außenpolitik schildert BLASIUS: Anfang der fünfziger Jahre hatte die Bundesregierung Israel erfolglos zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen gedrängt. Einige Jahre später war das Verhältnis umgekehrt: Israel sah sich international isoliert, die Bundesrepublik aber war nun vor allem auf ihren Alleinvertretungsanspruch bedacht und befürchtete eine umfassende Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten. Dank großzügiger deutscher Militär- und Wirtschaftshilfe konnte indes eine nachdrückliche israelische Verstimmung verhindert werden. Dies änderte sich, als 1962 bekannt wurde, daß deutsche Experten am Bau ägyptischer Raketen gegen Israel mitwirkten. In dieser Situation forderten prominente deutsche Politiker nicht nur, gegen die beteiligten deutschen Techniker vorzugehen, sondern überdies durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen demonstrativ Solidarität mit Israel zu bekunden. Adenauer war hierzu bereit, konnte sich aber nicht gegen das Auswärtige Amt und die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion durchsetzen. Sein Nachfolger galt als »Freund der Araber«, dennoch setzte er sich im Frühjahr 1965 fast im Alleingang über die Bedenkenräger in der eigenen Partei hinweg und begründete diplomatische Beziehungen zu Israel. Damit bekundete er, daß in seiner Kanzlerschaft – trotz aller Unterschiede in der Frankreichpolitik – in manchen außenpolitischen Grundsatzfragen tatsächlich mehr Kontinuität als Wandel vorherrschte.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Rainer ZITELMANN, Karlheinz WEISSMANN, Michael GROSSHEIM (Hg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt/Main (Propyläen) 1993, 552 p.

Les trois maîtres d'œuvre de ce volumineux ouvrage sont partis d'une réalité: la sacralisation de l'Europe de l'Ouest et de l'orientation de l'Allemagne vers cet ensemble. Or, il s'agit bien depuis 1945, d'une réalité nouvelle et qui tournait le dos à un comportement ancien et traditionnel qui voyait dans l'Ouest un ennemi et un modèle à rejeter.

Le but du livre réside dans l'analyse des aspects de la politique extérieure de l'Allemagne depuis 1945, c'est-à-dire son option en faveur du camp occidental. Les auteurs ne sont pas des historiens, mais viennent de divers horizons scientifiques et aussi du journalisme. Ils n'ont pas connu la guerre pour la plupart d'entre eux, et veulent discuter de façon nouvelle une politique qui avait acquis un caractère quasi mythique et qui était devenue une sorte d'acte de foi indiscutable et indiscuté.

Les articles rédigés par plus de vingt auteurs s'articulent autour de quatre thèmes. Le premier aborde le problème du »Sonderweg« dans une perspective historique. L'on saluera les efforts pour définir et donc clarifier le sens de l'expression. Le processus d'intégration à l'Ouest fait l'objet de huit articles dont notamment celui d'Elisabeth NOELLE-NEUMANN qui analyse les résultats de diverses enquêtes d'opinion distinguant les réponses des »Wessis« et celles des »Ossis«. L'occidentalisation en matière culturelle, au sens large de ce terme constitue le troisième thème d'étude. L'historiographie y trouve sa place et l'on y découvre un nouvel exposé du »Historikerstreit«. L'auteur a le mérite de le présenter sous son véritable jour: une controverse politique opposant la droite à la gauche. Le quatrième thème porte sur les perspectives d'aujourd'hui pour la politique extérieure.

La plupart des articles contiennent des analyses factuelles à prétention historique mais ils sont généralement ponctués par des prises de position qui vont au-delà de l'appréciation classique de l'historien, c'est-à-dire qu'il s'agit d'œuvres engagées. Certes, les auteurs sont glo-